

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff/H. Kuhls: Brexit ist kein Zukunftsprogramm



Susanne Hennig-Wellsow: r2g-Halbzeit in Thüringen



H.-J. Urban: Ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept

O. König/R. Detje: Arbeitszeitdebatte in der IG Metall

**Forum
Gewerkschaften**

St. Krüger: Paul Masons Kapitalismusanalyse



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Martin Schulz und die soziale Gerechtigkeit



Die SPD schickte sich mit Martin Schulz zu Beginn des Jahres an, sich aus der Fessel der Großen Koalition zu befreien. In der Bundesrepublik sollte eine linke politische Alternative zur großen Koalition unter Führung von Merkel möglich werden. Was blieb davon? ...

Jupiter-Präsident?



Die Parlamentswahl hat Staatspräsidenten Macron eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht. Allerdings sank die Wahlbeteiligung mit 43% auf einen historischen Tiefstand. ...

»Merkel gehört abgewählt!« ist noch kein Politikwechsel



Die mehr als 500 Delegierten der Partei DIE LINKE haben in Hannover ein Wahlprogramm mit dem Titel »Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle!« beschlossen. Es soll den Wahlkampf der Parteibasis auf Straßen und Plätzen unterstützen. Das wird nur bedingt gelingen. ...

(Post)Neoliberalismus in Europa und den USA

Björn Radke/Axel Troost:
Griechenlands zäher Kampf gegen neoliberale Politik 2

Joachim Bischoff: Die Dekonstruktion des Verwaltungsstaates in der Praxis
Die USA nach einem halben Jahr Trump-Administration 7

Joachim Bischoff/Hinrich Kuhls:
Brexit ist kein Zukunftsprogramm 13

Anne Karrass/Martin Ahrens: Soziale Säule, soziale Dimension,
sozialer Rückschritt? Zur Debatte eines sozialen Europa 26

Otto König/Richard Detje: Aufrüstung für die »Strategische Autonomie« der EU
Der »bombende Weltpolitiker« und die NATO 30

Diesseits & jenseits von Rot-Rot-Grün

Susanne Henning-Wellsoy:
Halbzeit – zweieinhalb Jahre r2g in Thüringen 32

Helge Meves/Marian Krüger: Ein Regierungsprogramm gegen Selbstzweifel
Die Grünen zwischen Münster und Berlin 38

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept
Anmerkungen zu einer gelungenen Debatte 41

Otto König/Gerhard Wick/Richard Detje: Wem gehört die Zeit?
Ausblick auf die Metalltarifrunde 2017/18 45

Kritik der Politische Ökonomie heute

Joachim Bischoff/Fritz Fiehler/Stephan Krüger/Christoph Lieber:
Vom »Kapital« lernen? Die Aktualität von Marx'
Kritik der politischen Ökonomie 48

Stephan Krüger: Mit Informationstechnologie zum postkapitalistischen
Anarchismus. Masons Potpourri aus Marx, Cyber-Voodoo
und Antikapitalismus 54

Besprechungen | Impressum | Veranstaltungen | Film

Dieter Boris: Imperiale Lebensweise?
Ein Kommentar (zum Buch von Uli Brand und Markus Wissen) 63

Nihat Öztürk: Okzident – Orient – und retour
(zu Christof Geisel, Mein langer Sommer) 66

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: In Zeiten des abnehmenden Lichts (Filmkritik) 69

Supplement

Theodor Bergmann (7.3.1916-12.6.2017)

Mit Beiträgen von Mario Keßler, Heiner Jestrabek, Erhard Korn, Bernd Riexinger, Joachim Bischoff und Richard Detje sowie einem nachgelassenen Vortrag von Theodor Bergmann zur Gruppe Arbeiterpolitik im westdeutschen Nachkrieg

Griechenlands zäher Kampf gegen neoliberale Politik

von | Björn Radke und Axel Troost



Spaniens Wirtschaftsminister L. de Guindos (l.), E. Tsakalotos, Brüssel, 22.5.2017 (dpa)

Nach monatelangem politischen Tauziehen bekommt Griechenland endlich eine weitere Tranche von 8,5 Mrd. Euro aus dem Topf des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Für das 3. Memorandum war 2015 ein Betrag von 86,7 Mrd. Euro an neuen Krediten von den europäischen Gläubiger-Staaten grundsätzlich bewilligt worden, um Griechenland ökonomisch zu stabilisieren und die Ablösung früherer Kredite ohne Rückgriff auf die internationalen Finanzmärkte zu ermöglichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte gleichzeitig eine spätere Kofinanzierung zugesagt, machte diese aber vom Fortgang des Wirtschaftswachstums und der Sanierung der öffentlichen Finanzen in Griechenland abhängig.

Griechenland hängt seit 2010 am Tropf der Allianz der europäischen Staa-

ten samt Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Union und IWF. Ohne die Kredite dieser Allianz im Gegenzug zu Sanierungsmaßnahmen und Strukturreformen in der griechischen Gesellschaft wäre das Land in einen Staatskonkurs gerutscht. Etliche kritische Ökonomen und linke PolitikerInnen rieten der griechischen Linkskoalition unter der Führung der sozialistischen Partei Syriza zu einem anderen Weg, der in der Konsequenz den Grexit bedeutet hätte.

Ohne Aussicht auf weitere Kredite und Finanzdienstleistungen sollte das Land seine Strukturreformen umsetzen: Steuerreformen, Beseitigung von Klientelismus und Korruption, Aufbau eines modernen öffentlichen Sektors, eines solidarischen Gesundheitssystems und eine grundlegende Renovierung der so-

zialen Sicherheit ohne die Verzerrungen des Klientelismus.

Die reformorientierte Mehrheit in Syriza lehnte diesen Kurs als sozial und politisch unverantwortlich ab. Der politische Preis für eine Fortführung der Mitgliedschaft im Euro-System und in der EU war allerdings eine weitere Einschränkung der nationalen Souveränität, weil die Gläubiger für die weitere Laufzeit des 3. Memorandums die Anlage und Ausgestaltung der »Reformen« bestimmten.

Im Juli 2017 braucht die griechische Regierung aus dem Programm 7,4 Mrd. Euro, um Altschulden zurückzuzahlen – sonst hätte der Absturz in die Zahlungsunfähigkeit und eine neue Krise in der Eurozone gedroht. Der in den letzten Quartalen erwirtschaftete Überschuss reichte für die Revolvierung der fälligen

Kredite und die fälligen Zinszahlungen nicht aus.

Was beinhaltet der Kompromiss?

Griechenland bekommt mit 8,5 Mrd. Euro mehr Geld. Den zusätzlichen Betrag von 1,1 Mrd. Euro kann Athen einsetzen, um Zahlungsrückstände in Griechenland selbst zu begleichen – etwa gegenüber Firmen mit Staatsaufträgen. Damit würde auch die griechische Wirtschaft etwas gestützt. Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem sprach von einem »großen Schritt vorwärts«. Es sei eine Einigung »zu allen Elementen« erreicht worden. »Endlich gute Nachrichten für Griechenland«, schrieb EU-Ratspräsident Donald Tusk auf Twitter. »Es war wohlverdient.« Tatsächlich hat Griechenland von 140 sogenannten Reform-Maßnahmen, die für die neue Hilfszahlung von den Europäern gefordert wurden, praktisch alle umgesetzt. »Es gibt jetzt Licht am Ende des Tunnels«, sagte der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos. Es gebe nun »viel größere Klarheit für das griechische Volk und die Finanzmärkte«.

Der Hauptstreitpunkt im Zusammenhang mit dem Memorandum waren die Sparauflagen der Gläubiger. Hier dominierte, angetrieben durch die neoliberalen Tugendwächter, die Auffassung, dass nur durch eine Re-Dimensionierung des gesellschaftlichen Konsums eine Sanierung der Ökonomie gelingen könne. Griechenland hatte, zweifellos getrieben durch eine korrupte neoliberale und sozialdemokratische Elite, insbesondere seit der Aufnahme in die Eurozone mehr ausgegeben als erwirtschaftet. Ausgelöst durch die große Krise 2007/08 brach die gesellschaftliche Wertschöpfung ein und ein riesiger Kreditberg wurde überwiegend notleidend. Für den Weg einer umfassenden Wertberichtigung dieser Schulden und Vermögenstitel bei gleichzeitiger Umstrukturierung und Expansion der Akkumulation verweigerten die Gläubiger die Zustimmung. Durch den Kurs der Austeritäts- und Sparpolitik wurde die angeschlagene Ökonomie weiter geschrumpft. Letztlich wurde bei einer Absenkung der gesamtwirtschaft-

lichen Leistung von ca. 25% verlangt, dass andere gesellschaftlichen Systeme – Löhne, Mindesteinkommen, Renten und öffentliche Dienstleistungen – sich an dieses geringe Lebensniveau anpassen müssten, denn nur so wären gesellschaftliche Leistung, Konsum und Akkumulation wieder in ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen. Die 140 Reform-Maßnahmen waren also überwiegend Sparauflagen und nebensächlich Strukturreformen zur Beseitigung von Klientelismus.

Erstmals haben jetzt die Gläubiger zugestimmt, dass es auch um die Ausweitung der Wertschöpfung und Investitionen gehen muss. Die neue Tranche schafft Bedingungen in Kooperation mit den EU-Mitteln, um längst überfällige Investitionen voranzubringen und den Erholungskurs der Ökonomie bei Fortführung der Strukturreformen zu stärken. Die Europäische Union prüft neue Maßnahmen, um das Wirtschaftswachstum in Griechenland langfristig anzukurbeln. Dies geht aus einem internen Papier der EU-Kommission hervor.

In dem Papier werden demnach eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der griechischen Wirtschaft gemacht. So könnten die Europäer Griechenland auch über einen längeren Zeitraum mehr Geld zur Verfügung stellen. Es könne Spielraum geben, die finanziellen Ressourcen zu verbessern, um Investitionen in Griechenland zu stärken, heißt es in dem Papier. So könne Griechenland auch über den aktuellen EU-Haushalt hinaus, der bis 2020 reicht, vereinfacht Mittel aus EU-Fördertöpfen erhalten. Für Athen gelten derzeit Ausnahmen, sodass sich der Staat nur mit geringeren eigenen Mitteln an Projekten beteiligen muss. Eine weitere Möglichkeit sei, dass Förderbanken aus anderen Euro-Staaten Athen mehr Finanzmittel und technische Hilfe anbieten. Als Beispiel wird die deutsche KfW-Bank genannt, die sich bereits in dem Krisenland engagiert. Denkbar wäre auch, Gewinne aus den Anleiheaufkäufen der EZB und der Euro-Notenbanken an Griechenland zurückzugeben, um damit Investitionen auf den Weg zu bringen und darüber Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Allein über diese Maßnahmen seien »potenziell bis zu 4,4 Mrd. Euro verfüg-

bar«. Allerdings müsse auch Griechenland selbst etwas tun, wurde betont. Die griechischen Behörden müssten vorhandene Investitionsmittel »effektiver« einsetzen, fordert die EU-Kommission. So habe Athen seit 2014 aus EU-Fonds 13 Mrd. Euro erhalten. Weitere 25 Mrd. Euro, die bis 2020 verfügbar sind, seien aber noch nicht abgerufen. Um schneller an diese Mittel sowie an die Ressourcen aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen zu kommen, und um die Kommunikation mit ausländischen Privatinvestoren zu erleichtern, könnte das Land eine Investitionsplattform einrichten, schlägt die EU-Kommission vor.

Lichter am Horizont

Griechenlands Wirtschaft ist zu Jahresbeginn überraschend gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von Januar bis März um 0,4% zum Vorquartal. Damit wurde eine frühere Schätzung nach oben revidiert. Bisher hatten die Experten ein Schrumpfen von 0,1% und damit einen Rückfall in die Rezession angenommen. Ende 2016 hatte es einen Rückgang um 1,1% gegeben. Ökonomen sprechen bei zwei aufeinander folgenden Minus-Quartalen von einer Rezession. Jetzt gehen sie davon aus, dass es für die griechische Wirtschaft auch im aktuellen Frühjahrsquartal gut laufen dürfte. Ein Grund dafür ist der Tourismus: Viele UrlauberInnen bleiben aus Angst vor Anschlägen und der politisch unsicheren Lage bis jetzt beliebten Zielen wie der Türkei und Ägypten fern. Davon profitiert neben Spanien vor allem Griechenland.

Die Tourismusindustrie erwirtschaftet mittlerweile fast 19% des griechischen Bruttoinlandsprodukts. 423.000 Jobs hingen im vergangenen Jahr direkt vom Tourismus ab. Bei einer Arbeitslosenquote von 23% und einer mehr als doppelt so hohen Jugendarbeitslosigkeit sind diese Saisonjobs in Hotels, Restaurants und Geschäften enorm wichtig

Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus, Axel Troost ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und einer von fünf VorstandssprecherInnen des Instituts Solidarische Moderne (ISM).

für das Land. Weitere Fortschritte melden die Landwirtschaft und die Informations- und Kommunikationstechnik-Branche.

Die Anzahl der TouristInnen, die Griechenland jährlich besuchen, hat sich zwischen 2011 und 2016 von 14 auf 28 Mio. verdoppelt. Dabei erreicht die Tourismusindustrie seit 2013 jedes Jahr eine neue Rekordmarke. 2017 soll auch die Marke von 30 Mio. BesucherInnen überschritten werden. Eine Umfrage zeigt, dass 86% der GriechInnen ihre Hoffnungen auf den Tourismus setzen, um die Krise und damit die vorhandene apathische Stimmung zu überwinden. In der Praxis sind die Folgen dieser Mentalitätsänderung sichtbar, von technischen Innovationen und Apps, die sich an Touristen wenden, bis zum kulturellen und gastronomischen Angebot in der Hauptstadt Athen. Die Qualität und die Vielfalt des touristischen Angebotes haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Sie bilden die Eckpfeiler des griechischen Tourismusbooms. Mittlerweile übernachteten 43% der TouristInnen in Hotels mit vier oder fünf Sternen. 2004 (im Jahr der Olympischen Spiele von Athen) hatte diese Quote nur bei 25% gelegen. Der griechische Tourismusverband hat sich zum Ziel gesetzt, 2021 über 34 Mio. TouristInnen zu empfangen und die Einnahmen auf 19 Mrd. Euro zu steigern. Dies wäre durchaus möglich, allerdings sind dafür Investitionen von drei Mrd. Euro jährlich erforderlich. Fakt ist aktuell, dass nur ein Bruchteil der Investitionen eingesetzt wird (etwa 500 Mio. Euro jährlich). Als Grund für die Abstinenz ausländischer Investoren (den Griechen fehlt es an Kapital) gilt die durch Überbesteuerung und hohe Finanzierungskosten mangelnde Rentabilität von Tourismus-Investitionen.

»Wir haben sehr viele Reformen durchgesetzt«, resümiert Finanzminister Tsakalotos: »Es ist an der Zeit, ein neues Kapitel aufzuschlagen.« Gerade in der jetzigen Situation sind vor allem Investitionen wichtig für das Land. »Wir haben es geschafft, die Banken zu rekapitalisieren, das Renten- und das Steuersystem sowie die öffentliche Verwaltung und den Energiemarkt zu reformieren ...« Zwar bedauert er in



Windpark in Panachaiko, 2010 (Koliri/Wikipedia)

seinen Ausführungen, dass die Steuern vor allem für die griechische Mittelschicht in die Höhe geschneit sind. Jedoch habe man durch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung »eine humanitäre Krise verhindern« können.

Dass die Verhandlungen ins Stocken geraten seien, liege nicht an Griechenland, sondern an der EU und dem IWF – »die sich nicht darauf einigen können, was das Wichtigste ist«. Die griechische Regierung habe sich an die Vorgaben und an ihren Anteil des Abkommens gehalten. Er erinnert daran, dass sich der IWF seit August 2015 nicht entscheiden kann, ob er sich am Rettungsprogramm Griechenlands beteiligen wird. »Ich würde sagen, es ist an der Zeit, einen Entschluss zu fassen«, fasst Tsakalotos nüchtern zusammen.

Es ist das Ziel Athens, auf die internationalen Märkte zurückzukehren. Zudem vertritt Tsakalotos die Auffassung, dass Wolfgang Schäuble, sein Amtskollege in Berlin, »eine Lösung will«. Und dass dieser »weiterhin nach einer Lösung suchen wird«. Sein Fazit: »Wir suchen nicht nach der perfekten Lösung, wir suchen nach einer guten Lösung.«

Zug um Zug

Im Mai 2017 bildete die erneute finanzielle Beteiligung des IWF die zentrale verbliebene Hürde. Der IWF wollte, dass die europäischen Gläubiger Schuldenerleichterung gewähren, damit Griechenland die reale Chance habe, aus der Schuldenabhängigkeit herauszukommen. Der Schuldenstreit, der sich zuletzt vor allem zwischen Schäuble und dem

IWF abspielte, bleibt aber weitgehend ungelöst. Anfangs konnte man noch auf die griechische Regierung verweisen, die bei der Umsetzung der Reformauflagen hinterherhinkte. Doch nachdem vor einigen Wochen auch ein weiteres Sparpaket durch das Athener Parlament gebilligt worden war, wurde offensichtlich: Jetzt hängt es vor allem an Schäuble und dem IWF.

Letzterer akzeptiert mittlerweile, dass Schritte der Schuldenerleichterungen erst nach Ende des Programms umgesetzt werden, aber er verlangte stets, sie müssten als Signal an die Märkte schon jetzt präzisiert werden. Zudem klaffen seine Annahmen und jene der Europäer über die langfristige Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Primärüberschuss (Saldo im Staatshaushalt vor Schuldendienst) in Griechenland auseinander, was zur unterschiedlichen Einschätzung der Schuldenlage führt. Und tatsächlich sind diese Prognosen der weiteren Schuldentragfähigkeit Griechenlands wenig aussagekräftig. Schon kleine Änderungen bei den Annahmen, etwa zum Wirtschaftswachstum, führen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen.¹

Die Konsequenz: Das dritte Hilfsprogramm wird im Gegensatz zu seinen Vorgängern über den Euro-Krisenfonds ESM von den Europäern allein finanziert. Unter anderem Deutschland hat weitere Auszahlungen aber an eine erneute Teilnahme des IWF geknüpft. Dieser wiederum macht seinen Einstieg davon abhängig, dass die Tragfähigkeit der staatlichen Bruttoschulden Griechenlands von jüngst knapp 180% des

BIP gesichert ist. Dazu sind aus seiner Sicht Schuldenerleichterungen nötig.

Es geht bei der Beteiligung des IWF nur um einen für griechische Verhältnisse vergleichsweise minimalen Betrag von zwei Mrd. Euro. Mit anderen Worten: Der Schuldenstreit ist ungelöst. Und ob er jemals gelöst wird, und der Fonds wirklich eine Überweisung nach Athen schickt, ist völlig offen. Schäuble aber reicht die Zusage. Er will nun im Haushaltsausschuss des Bundestages beantragen, dass man die 8,5 Mrd. Euro an Griechenland freigibt.

Eine konkrete Zusage von baldigen Schuldenerleichterungen bekam also Athen weiterhin nicht. Die Euro-Länder kamen den GriechInnen nur geringfügig mit Konkretisierungen entgegen. Dijsselbloem verwies darauf, dass die Kreditlaufzeiten bei Bedarf um bis zu 15 Jahre verlängert werden könnten. Wie im vergangenen Jahr beschlossen, wollen die Euro-Länder über eventuelle Schuldenerleichterungen erst zum Ende ihres Hilfsprogramms im August 2018 befinden.

Schäuble schob seine neoliberale Sturheit und Animositäten beiseite. 2017 solle kein Grexit-Jahr werden, machten seine Leute schon sehr früh in den Verhandlungen über weitere Hilfsmilliarden mit Athen klar. 2017 sollte aber eben auch nicht das Jahr werden, in dem man wegen gebrochener Versprechen die Bundestagswahl verliert. Die Europäische Union droht zu zerbrechen, wie der geplante Austritt der Briten und der Streit mit den Osteuropäern über Angela Merkels Flüchtlings-

politik zeigt. Und in Washington regiert mit Donald Trump ein Präsident, dessen Abneigung gegenüber der EU längst Legende ist. Ein Zerwürfnis über ein so kleines Land wie Griechenland schien der Kanzlerin und ihrem Minister den Preis nicht wert.

»Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis heute vor allem für Griechenland, aber auch für die Eurogruppe als Ganzes«, sagte Schäuble. Griechenland erhalte damit die notwendigen Mittel und der IWF bleibe – »jedenfalls was das Programm als solches angeht – weiter an Bord«. IWF-Chefin Christine Lagarde sagte in Luxemburg, sie werde der Fonds-Führung nun einen »Grundsatzbeschluss« für ein neues Griechenland-Programm empfehlen. Sie gab das Volumen mit zwei Mrd. US-Dollar (1,8 Mrd. Euro) an. Allerdings ist offen, ob der IWF jemals Geld auszahlen wird. Denn dies macht der Fonds davon abhängig, ob die Europäer Athen aus seiner Sicht ausreichende Schuldenerleichterungen gewähren. »Niemand behauptet, dass dies die beste Lösung ist«, sagte Lagarde. »Es ist die zweitbeste Lösung, aber es ist keine schlechte Lösung.«

Schäuble hatte bis zuletzt auf einer Beteiligung des IWF an der Griechenland-Rettung bestanden. Sonst hätte aus seiner Sicht der Deutsche Bundestag erneut über das gesamte Hilfsprogramm abstimmen müssen. Die nun gefundene Lösung sei aus seiner Sicht dagegen »nicht eine wesentliche Änderung« des Hilfsprogramms, sagte er. Dies müsse aber letztlich der Haushalts-

ausschuss des Bundestags entscheiden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel schlug andere Töne an: »Ich wünsche mir natürlich, dass wir heute bei der Eurogruppe Ergebnisse sehen, die helfen, dass Griechenlands Anstrengungen dadurch sozusagen goutiert werden, dass auch andere Auszahlungen möglich sind.« Übersetzt heißt das: Beim nächsten EU-Gipfel soll Griechenland kein Thema sein.

Die Brüsseler EU-Kommission hat vor den entscheidenden Beratungen des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag die Euro-Staaten aufgefordert, weitere Hilfsmilliarden an Griechenland freizugeben: »Die griechische Regierung steht zu ihren Verpflichtungen und übertrifft sogar die gesetz-

¹ Hinsichtlich der für die Schuldentragfähigkeit wichtigen Primärüberschussziele verpflichtete sich Griechenland auf Überschussziele von 3,5% des BIP bis 2022 und etwa 2% des BIP bis 2060. Dabei äußerte der IWF Bedenken, ob Griechenland diese Ziele erreichen könne, und hielt an seiner Annahme eines Primärüberschusses von 1,5% des BIP fest. Aus den europäischen Institutionen ist zu hören, dass sich der IWF in der Vergangenheit bei Prognosen zum Primärüberschuss Griechenlands z.T. überschätzt habe und ein Primärüberschuss von 1,5% des BIP aus Sicht der europäischen Institutionen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Fiskalvertrag ohnehin nicht kompatibel wäre. Bezüglich der Schuldentragfähigkeit vertrat die Eurogruppe die Ansicht, dass sie im Rahmen der bereits im Mai 2016 von der Eurogruppe verabredeten mittel- und langfristigen Schuldenmaßnahmen gewährleistet werden sollte. Die Eurogruppe erklärte sich bereit, die mittelfristigen Schuldenmaßnahmen näher zu definieren und die gewichtete Laufzeit sowie ein weiteres Moratorium der EFSF-Zinsen und Abschreibungen um einen Zeitraum von null bis zu 15 Jahren zu verlängern (Bericht aus Brüssel 10/2017 vom 19. Juni 2017).



Keine Freiheit im Paradies – Tourismus & Migration

Außerdem: Handel mit Klimazielen | Tragödie
in Kaschmir | Versöhnung in Sri Lanka

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

ten Haushaltsziele. Wenn Athen zu seinen Verpflichtungen steht, dann sollten auch die Programm-Partner ihre Zusagen einhalten«, sagte der zuständige EU-Kommissionsvizepräsident, Valdis Dombrovskis, der »Welt«. Er warnte vor Marktturbulenzen im Fall einer Ablehnung. »Ich warne davor, die Arbeit der vergangenen Jahre zu gefährden indem wir Zweifel säen, dass Griechenland die benötigten Kredite erhält.« Auch zur Bewältigung der verheerenden Umstände in den Lagern aufgrund der Flüchtlingskrise braucht Griechenland mehr Hilfe aus der EU.²

Den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der sich durchaus Hoffnungen auf einen Wiedereinzug in den Bundestag machen kann und dann auf ein hartes Schwarz-Gelb setzt, beeindruckt diese Warnung nicht. In alter Schäublescher Tradition holt er die Keule des Grexit heraus und lehnt den gefundenen »Deal« ab. »Die jetzigen Auszahlungen entsprechen nicht den Bedingungen, die der Bundestag vor zwei Jahren in seinem Entschluss getroffen hat, unter anderem zur Frage, ob sich der IWF mit Kapital beteiligt. Wenn Griechenland seine Schulden nicht tragen kann, wie der IWF sagt, dann muss man sich unabhängig von Wahlen ehrlich machen. Ein Schuldenschnitt muss verbunden werden mit einem zumindest zeitweiligen Verlassen der Eurozone. Eine eigene Währung für Griechenland ist mit Risiken verbunden, aber zugleich ein chancenreicher Strategiewechsel für Athen.«

Er möchte mit dieser Option ein Zeichen setzen: »Aus dem Euro auszuscheiden, ist tatsächlich nicht easy. Ein solcher Strategiewechsel im Fall Griechenland hätte ökonomisch eine geringe Bedeutung, aber symbolisch sehr wohl. Das könnte für den Rest der Eurozone eine Art Neustart bedeuten.«³ Damit bietet er einen Vorgeschmack für eine nach seinen Vorstellungen »entmerkelte« Europa-Politik einer zukünftigen schwarz-gelben Regierung.

Perspektiven

Der Kompromiss ermöglicht mit der Kreditranche von 8,5 Mrd. Euro die Rückzahlung einer gewichtigen Tran-

che an die Gläubiger und verschafft dem griechischen Staat einen größeren Handlungsrahmen im Umgang mit den Unternehmen.

Damit wird es wohl keine Wiederholung des »heißen Sommers« von 2015 geben. Der Deal dürfte auch die Unsicherheit etwas mildern, die in den letzten Monaten die griechische Wirtschaft abermals gebremst hat.⁴

Allerdings bleibt Griechenlands Rekonstruktion eingebunden in den augenblicklichen leichten Aufwärtstrend in der internationalen Konjunktur. Der wirtschaftliche Ausblick verbessert sich und die Risiken für die Konjunktur sind leicht zurückgegangen. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum ist nun in 16 aufeinanderfolgenden Quartalen gestiegen. Das Wachstum im ersten Quartal betrug auf Jahressicht 1,7%. Damit dürfte die Währungsunion laut Beobachtern sogar leicht über dem theoretisch errechneten Potenzial wachsen. Zudem liegt die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Niveau seit 2009, und die Stimmung der Konsumenten und Geschäftsleute ist auf einem Sechs-Jahre-Hoch.

Die Euro-Währungshüter haben mit ihrer äußerst expansiven Geldpolitik erfolgreich die europäischen Vermögenspreise nach oben getrieben, um auf diese Weise die Wirtschaft zu stimulieren und den Banken indirekt die Möglichkeit zu geben, die Risiken in ihren Bilanzen dank Aufwertungen wenigstens auf dem Papier auszugleichen. Tatsächlich läuft die Konjunktur in europäischen Kernstaaten wie Deutschland aufgrund des monetären »Overkill« heiß, und die Aktienurse sowie die Immobilienpreise sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Faktisch sind die Vermögensgüter in weiten Teilen des Kontinentes im Verhältnis zu den Einkommen so teuer geworden, dass sie ein Risiko darstellen und eine Korrektur dieser Wertbewegung mit einer deutlichen rezessiven Entwicklung nicht ausgeschlossen werden kann. Der Austritt Großbritanniens aus der EU ist eine Belastungsprobe für das Land und ganz Europa. Doch für die Weltwirtschaft stellt er nur eines unter vielen Problemen dar. Weltweit wachsen nämlich die Schuldenberge unge-

bremst weiter, während die Produktivitätsfortschritte gering sind.

Die Kosten für das Schuldenmanagement für Länder wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal sind stark gesunken. Die wirtschaftlichen Fortschritte sind trotz der massiven Entlastungen durch die EZB bescheiden. Die EZB hat mit ihrer Politik der quantitativen Lockerung den Euro-Ländern Zeit gekauft, ihre fundamentalen Herausforderungen anzugehen. Diese Entwicklung ist auch Griechenland zugute gekommen.

Aber vor allem die Länder an der südlichen Peripherie haben die fundamentalen Kreditprobleme noch nicht gelöst. Trotz der klaren Reduktion der Kosten für die Schuldenaufnahme durch die extrem tiefen Zinsen haben die meisten Regierungen die Hinterlassenschaften der Finanzkrise nur partiell bewältigt. Im Fall von Griechenland war dieser Zeitgewinn extrem wichtig. Es bleibt zu hoffen, dass die positiven Rahmenbedingungen noch eine Zeit lang anhalten und Griechenland mit dem Projekt der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rekonstruktion im nächsten Jahr soweit vorankommt, dass eine eigenständige Entwicklung ohne Finanzaufsicht durch die Gläubiger wieder möglich wird.

² Rund 62.000 Flüchtlinge leben nach UN-Angaben in Griechenland. Nach Auskunft von Migrationsminister Mouzalas haben 20.000 bis 25.000 das Recht, in ein anderes Land in Europa umgesiedelt zu werden. Weitere 6.000 bis 7.000 müssten mit ihren Familien, die ebenfalls in anderen EU-Ländern leben, vereint werden. Seit dem Frühjahr scheint das Bundesinnenministerium die Familienzusammenführung aus Griechenland erheblich zu drosseln. Während zuvor im Schnitt etwa 250 bis 300 Personen monatlich aus Griechenland nach Deutschland überstellt wurden, waren es im Mai nur etwa 70.

³ www.liberale.de/content/lindner-interview-griechenland-soll-aus-dem-euro-raus-aber-der-eu-bleiben

⁴ Bestätigt wird der bereits seit einiger Zeit anhaltende positive Trend auch durch jüngste Veröffentlichungen der Griechischen Statistikbehörde ELSTAT. Zwar ist die Arbeitslosigkeit mit 22,5% noch immer erschreckend hoch, doch sie sinkt stetig: Im März 2016 lag dieser Wert noch bei 23,8%. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass im März dieses Jahres 74.515 mehr Menschen einen Job hatten als im März 2016.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

